

SPD Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Die Linke Stv. Bicici Stv. Striemann Stv. Tuncer

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 47 92 41
Telefax: 0208 / 47 96 68
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Antrag

Nr.: A 15/0744-02

gemäß der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 30.09.2015**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:**Status:* Datum: Gremium:**

Ö 01.10.2015 Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung****Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge****Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.09.2015****Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Mülheim zur Rahmenvereinbarung betreffs Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung

nach § 264 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1,1a Asylbewerberleistungsgesetz Nordrhein-Westfalen.

Er beauftragt die Verwaltung, diesbezüglich die Voraussetzungen zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge zum 01.01.2016 zu schaffen.

Begründung:

In seinem Beschluss vom 26.02. tat der Sozialausschuss seinen Willen kund, Flüchtlingen – basierend auf dem Bremer Modell – eine geregelte Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen. Reihte sich dies ein in vereinzelte Bestrebungen mehrerer Kommunen, eine auf die jeweilige Gemeinde bezogen individuelle Regelung anzustreben, stellt sich nunmehr die Lage positiv verändert dar. Mit dem Abschluss der Landesvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung von Asylbewerber*innen zwischen dem Land und Krankenkassen wie der AOK, der TK, der Barmer, der Knappschaft und anderen liegt eine tragfähige landeseinheitliche Regelung vor. Die elektronische Gesundheitskarte ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Misere. Daran sollte sich Mülheim an der Ruhr im Sinne des Sozialausschuss-Beschlusses beteiligen, muss aber bis Ende Oktober, soll dies ab 01.01.2016 greifen, eine Beitrittserklärung gegenüber dem Land abgeben.

Angesicht der aktuell eskalierenden Situation wäre ein weiteres Verschieben der Entscheidung mit Beschlussfassung im Dezember und Start erst im April 2016 unverantwortlich.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher

Dieter Wiechering
Fraktionsvorsitzender

Andreas Marquardt
Gruppensprecher

Cevat Bicici
Ratsmitglied

Norbert Striemann
Ratsmitglied

Hasan Tuncer
Ratsmitglied